

Jetzt. Für Eimsbüttel.

Programm der GAL Eimsbüttel zur
Bezirksversammlungswahl 2008

Inhaltsübersicht

1. Bezirkspolitik als bürgernahe Politik stärken	5
2. Gender Mainstreaming mit Leben füllen	6
3. Für eine Grüne Sozialpolitik in Eimsbüttel	7
4. MigrantInnen in Eimsbüttel	10
5. Schule im Stadtteil	11
6. Eimsbütteler Stadtteilkultur	13
7. Kinder- und Jugendpolitik in Eimsbüttel	15
8. Sport	17
9. Umwelt und Verkehr	18
10. Umwelt, Grün, Gesundheit, VerbraucherInnenschutz	19

11. Klimaschonende Mobilität	24
12. Stadtentwicklung – Bauen	32
13. Das Eimsbütteler Kerngebiet	36
14. Politik für den Hamburger Nordwesten	46
15. Lokstedt, Niendorf, Schnelsen	52

Liebe Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler,

unser Bezirk ist lebenswert! Jeder Stadtteil, von Rotherbaum bis Schnelsen, hat seinen eigenen Charakter – und so vielfältig sind auch die Gründe, warum Sie sich hier zu Hause fühlen.

Eimsbüttel, das steht für Lebensqualität und nachbarschaftliches Miteinander. Nicht umsonst gehören die Stadtteile in diesem Bezirk zu den beliebtesten Wohngegenden Hamburgs. Das hat auch zu tun mit der Kontinuität rot-grüner Politik – bei traditionell starkem grünen Anteil.

Das dicht besiedelte Eimsbütteler Kerngebiet wurde bei einer Umfrage von seinen BewohnerInnen als der familienfreundlichste Stadtteil in Hamburg benannt. Trotz des massiven Gegenwinds durch den CDU-Senat haben wir in den vergangenen vier Jahren dafür gesorgt, dass die Eimsbütteler Kommunalpolitik eine eindeutig grüne Handschrift trägt. Wir setzen uns dafür ein, dass Grünflächen erhalten, ansässige mittelständische Unternehmen gestärkt und Familien mit Kindern in der Verkehrs-, Sozial- und Wohnungspolitik gefördert werden. Im Rahmen der bezirklichen Entwicklungsplanung wurde deutlich: Ältere Menschen und Familien haben oft gleiche Interessen, wenn es um die Gestaltung von öffentlichen Räumen geht. Den demografischen Wandel wollen wir daher als Chance für die Stadtentwicklung in unserem Bezirk nutzen.

Es gab eine Reihe von Bereichen, in denen der Senat die Bezirkspolitik von SPD und GAL ausbremste, ohne sinnvolle Alternativen zu präsentieren. Anstatt die vom Bezirk entwickelten Prioritäten für die Verbesserung des Radverkehrs aufzugreifen, besserte der Senat nur an wenigen Hauptstraßen die Radwege aus.

Das Ergebnis ist eine Vernachlässigung vieler Probleme: Spielplätze und Grünflächen verwaisten – hier spart der Senat. Das Niendorfer Gehege

wurde dem Bezirk übergeben, der Spielplatz dort muss jetzt aus knappen bezirklichen Mitteln erneuert werden. Mit den Planungen für einen Möbel-Großmarkt ignoriert der Senat die Interessen der Menschen in Eidelstedt und Schnelsen. Sie müssen erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastungen ertragen. Darüber hinaus gefährden die „Rand“-Sortimente des Möbelmarkts die Zentren dieser beiden Stadtteile in ihrer Existenz.

Wir verstehen Kommunalpolitik als anwaltliche Politik für die Menschen vor Ort. Soziale Infrastrukturen wollen wir sichern und stärken. Das Leben mit Kindern und Jugendlichen muss möglich sein; das Zusammenleben von Jung und Alt Selbstverständlichkeit in Eimsbüttel werden.

Als Bürgerrechtspartei wollen wir, dass sich viele Menschen an der Politik beteiligen. Wir laden Sie ein, unsere Stadtteile mitzugestalten: in Initiativen und Vereinen, in Ausschüssen – und gerne auch in der GAL!

Die Chancen des neuen Wahlrechtes nutzt die GAL, um Ihnen auf der Bezirksliste und den Wahlkreislisten für die Bezirksversammlung ein Personalangebot zu machen, aus dem Sie durch Ihre Stimme auswählen können.

Am 24. Februar werben wir um Ihre Stimme. Entscheiden Sie sich für einen nachhaltig planenden, sozial verträglichen und bürgernahen Bezirk – für ein grünes Eimsbüttel!

1. Bezirkspolitik als bürgernahe Politik stärken

Der Bezirk ist in Hamburg die politische Ebene, die den Menschen am nächsten ist. Durch die bisherigen Ortsausschüsse konnten viele Anliegen unkompliziert in politische Entscheidungen, aber auch in Verwaltungshandeln eingebracht werden. Die Ortsausschüsse werden es künftig als Regionalausschüsse geben.

Bislang waren die Ortsämter bürgernahe Ansprechpartner der Verwaltung vor Ort. Auch wenn sie kein politisches Mandat hatten – die Ortsamtsleiter gaben bezirklicher Verwaltung und Politik ein Gesicht.

Wir setzen uns dafür ein, dass bezirkliche Politik künftig wieder ein Gesicht hat. Durch die **Benennung eines Bürgervorstehers/einer Bürgervorsteherin im Regionalbereich** ließe sich dies ermöglichen. Im Regionalbereich Eidelstedt/Stellingen stößt ein solches Modellprojekt auf großes Interesse.

Ausreichende Finanzierung der Bezirke

Da die Bezirke vom Senat chronisch und systematisch unterfinanziert werden, leiden Gestaltung und Unterhaltung des öffentlichen Raums. Jeder sieht es: unzureichende Radwege, Gehwege mit Stolperfallen, Spielplätze deren Geräte erneuert werden müssen, schleppende Nachpflanzungen von Bäumen. Unsere Gestaltungsspielräume im Bezirk sind aufgrund zu geringer Finanzaufweisungen des Senats eher begrenzt. Und dennoch: Nutzen wir sie!

Der Bezirk erfüllt viele Leistungen direkt für die BürgerInnen. Deshalb fordern wir vom Senat eine ausreichende Finanzierung.

2. Gender Mainstreaming mit Leben füllen

Gender Mainstreaming – was heißt das eigentlich? Dahinter verbirgt sich ein integrativer, gesamtgesellschaftlicher Ansatz, der nach fast drei Jahrzehnten Frauenbewegung bei Weitem über das Konzept der Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik hinausgehen soll. Die Überlegungen zielen ausdrücklich auf ein übergreifendes Rollenverständnis für beide Geschlechter ab.

Neben einer Veränderung der bezirklichen Verwaltung haben wir in der vergangenen Periode Aspekte des Gender Mainstreaming in die Entwicklungsplanung einfließen lassen. Nun wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe bei einem größeren Bauprojekt in Lokstedt dieser Ansatz mit Leben erfüllt. Flexible Nutzungsmöglichkeiten, Gestaltung der Freiflächen, Angebote für nachbarschaftliche Kommunikation sind nur einige Aspekte der Planungen, die auch die Lebensrealitäten von Familien mit Kindern und von Teilzeitbeschäftigten berücksichtigen und zugleich Beruf und Wohnen sowie das Zusammenleben von Jung und Alt verknüpfen.

3. Für eine grüne Sozialpolitik in Eimsbüttel

Sozialpolitik der GRÜNEN in Eimsbüttel verfolgt das Ziel, soziale Infrastrukturen wiederherzustellen, zu erhalten zu fördern und zu stärken.

Es muss denen geholfen werden, die durch die Politik – hier in Hamburg durch den CDU-Senat – an den Rand gedrängt werden und besondere Unterstützung brauchen.

Auch die Verdrängung von MieterInnen aus dem Kerngebiet Eimsbüttels gehört dazu. Die **Umwandlung von bezahlbaren Mietwohnungen in Eigentumswohnungen muss gestoppt werden**. Betroffene sind häufig allein Erziehende, Kinder, Familien und Personen mit Behinderungen sowie die Gruppe der älteren MitbürgerInnen.

Barrierefreiheit bei U- und S-Bahnen sowie bei Bussen muss zügiger als in der Vergangenheit hergestellt werden. Dies gilt natürlich in erster Linie für Menschen mit Behinderungen, aber auch die wachsende Zahl der SeniorInnen profitiert von einem Abbau der Hindernisse, ebenso wie Eltern mit Kinderwagen. Der Bezirk Eimsbüttel soll – der demografischen Entwicklung Rechnung tragend – weitgehend den Bedürfnissen des wachsenden SeniorInnenanteils der Bevölkerung angepasst und weiterentwickelt werden. Wir wollen daher **den seniorenrechtlichen Umbau von Altbauten fördern**, freilich sollten auch Neubauten den Ansprüchen aller Bevölkerungsgruppen Rechnung tragen. Maßnahmen wie diese sollen dazu beitragen, die älteren MitbürgerInnen nicht an den Stadtteilrand zu verdrängen und jungen Familien das Wohnen mit Kind zu erleichtern. **Unser Ziel ist es, altersgemischte Stadtteile zu erhalten bzw. zu erreichen.**

Einrichtungen der Obdachlosenhilfe, sowie Tagesstätten für Frauen und Männer müssen erhalten und gefördert werden. Dazu gehört auch, dass Wohnungslosigkeit durch niedrigschwellige Unterstützungs- und Hilfsangebote sowie durch Schuldnerberatung vermieden werden muss.

Eimsbütteler Beschäftigungsträger mit **stadtteilorientierten und wirklich qualifizierenden Maßnahmen sollen gestärkt werden**. Hier gilt unser besonderes Augenmerk der möglichen Konkurrenz zur Arbeit der ehrenamtlichen Aktivitäten sowie der strikten Einhaltung der Kriterien zur Zusätzlichkeit der so genannten Ein-Euro-Jobs. Solche Maßnahmen müssen absolut arbeitsmarkt neutral wirken.

Vor dem Hintergrund der Hartz-IV-Gesetze treten wir dafür ein, dass Überprüfungen der Bedürftigkeit der BürgerInnen wie unangekündigte Hausbesuche oder telefonische Anwesenheitskontrollen abgeschafft werden.

Das Ziel ist eine **bedarfsorientierte Grundsicherung**, um tatsächlich soziale und kulturelle Teilhabe sicherzustellen. Wir streben eine flexiblere Anwendung der Vorschriften zur Wohnungsgröße sowie den Verzicht auf Sanktionen bei begründeter Ablehnung einer Arbeitsgelegenheit an. Nicht die Arbeit geht uns aus – es ist der Rückgang der traditionellen Erwerbsarbeit – diese Entwicklung hat uns auch die Hartz-IV-Gesetze und die damit verbundene Entmündigung und Bspitzelung des Einzelnen eingebracht. Hier muss umgedacht und neue Potenziale erschlossen werden.

Wir brauchen mehr **Rentenberatungsstellen**. Es ist kaum bekannt, dass auch RentnerInnen das Recht auf Altersgrundsicherung haben. Die immer noch verschämte Altersarmut können wir nicht akzeptieren.

Die Kinderarmut nimmt weiterhin zu. Hartz-IV-Kinder und Jugendliche brauchen die Chance auf gleichberechtigterer Teilhabe an Entwicklungsmöglichkeiten und Bildung.

4. MigrantInnen in Eimsbüttel

Auch in Eimsbüttel leben und arbeiten viele Menschen mit fremdem Pass. Sie werden mit ihren Nöten und Sorgen oft nicht genügend wahrgenommen. Unter dem Vorsitz der GAL nimmt sich der Ausschuss für Schule, Kultur, Integration und Sport (SKIS) der Bezirksversammlung regelmäßig dieses Themas an. Die GAL setzt sich dafür ein, dass sich ausländische Initiativen mehr als bisher ins Kulturleben einbringen. Und sie wirbt dafür, dass diese mehr Anträge auf Gewährung von Kulturmitteln stellen. Das gilt auch für Glaubensgemeinschaften, soweit sie das Wertesystem des Grundgesetzes akzeptieren. Die GAL versucht, die bereits bestehenden Kontakte zu vielen Muslimen zu vertiefen. Für uns ist in diesem Zusammenhang die Religionsfreiheit ein hohes Gut.

Wir setzen uns darüber hinaus für eine **Unterstützung interkultureller Initiativen**, insbesondere des Karnevals der Kulturen ein.

Die GAL setzt sich für die Einrichtung einer **Psychosozialen Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund** sowie Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten ein. Die Regelbetreuung legt Verhaltensmuster und Standards der westlichen, industrialisierten Länder zugrund, was im schlimmsten Fall zu Fehldiagnosen und falscher Behandlung führen kann. Die Arbeit der 2004 vom Senat geschlossenen Beratungsstelle muss wieder finanziert und aufgenommen bzw. in eine bestehende Institution integriert werden.

5. Schule im Stadtteil

Ein Kernstück der GAL-Bildungspolitik ist die Einrichtung einer **Schule für alle**. Die Trennung der SchülerInnen nach vermeintlicher Begabung, die sich vor allem als Trennung nach Herkunft und Einkommen herausstellt, ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig. Sie widerspricht auch den Ergebnissen der Lernforschung.

Die Umstellung des geteilten Schulwesens auf die neue Schule ist für alle ein längerer Prozess und bedarf einer intensiven Diskussion und Planung in den einzelnen Stadtteilen. Die GAL fordert daher eine Schulentwicklungsplanung, in der gemeinsam mit Eltern und LehrerInnenkollegien geklärt wird, welche Schulen sich zusammenfinden können, um gemeinsam eine neue Schule aufzubauen.

Ergänzt werden muss die Schulreform durch eine Neugestaltung der frühkindlichen Erziehung und Förderung. Die **Kitas sind im Sinne von „Familienzentren“ weiterzuentwickeln**, also Zentren, in denen gemeinsam mit Eltern und – bei Bedarf auch für die Eltern – Konzepte für die Bildung und Erziehung der Kinder erarbeitet und umgesetzt werden. Schulreformen im Stadtteil – wie an der Schule Rellinger Straße – finden unsere volle Unterstützung. **Schulschließungen im Grundschulbereich lehnen wir ab**. Eine Ausweitung des Privatschulwesens können wir nicht vorbehaltlos unterstützen. Allzu häufig ist dies – vor allem, wenn das staatliche Schulwesen sich modernisiert – ein neues Mittel der Trennung aufgrund von sozialer oder ethnischer Herkunft.

In der Schulreform und der Verbesserung der frühkindlichen Bildung sieht die GAL auch wichtige Bausteine zur Integration von MigrantInnen. In diesem Sinne unterstützt die GAL alle Ansätze von *Family Literacy*, bei

dem GrundschülerInnen mit Migrationshintergrund gemeinsam mit einem Elternteil in der Schule Deutsch lernen. Künftig sollte zudem größerer Wert darauf gelegt werden, dass Migranten-Eltern sich stärker ins Leben der Eimsbütteler Schulen einbringen. Die Öffnung der Schulen in ihre Nachbarschaft, etwa durch das Projekt „Nachbarschaft und Schule in Hamburg“ (NaSchEI) hat Vorbildcharakter und sollte fortgesetzt werden.

Die GAL begrüßt und unterstützt Aktivitäten zur **Förderung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung**. Initiativen, die es in diesem Bereich bereits gibt und in denen sich Eimsbütteler Unternehmen engagieren, verdienen Unterstützung – zum Vorteil der Jugendlichen und der Unternehmen.

6. Eimsbütteler Stadtteilkultur

So bunt wie das soziale Zusammenleben in Eimsbüttel ist auch die kulturelle Vielfalt in unserem Stadtteil. Hier leben und arbeiten Künstlerinnen und Künstler unterschiedlichster Herkunft und Stilrichtungen. Der Stadtteil hat ein umfangreiches kulturelles Angebot, traditionsreiche Einrichtungen wie das Völkerkundemuseum oder die Kammerspiele und eine Vielzahl an kulturellen Initiativen. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit und Förderung. Die GAL setzt sich für eine breite Streuung der Fördermittel ein. Die Eimsbütteler Bücherhallen, die verschiedenen BürgerInnenhäuser, die Kulturvereine mit ihren Angeboten für unterschiedliche soziale Gruppen und Interessen, die kulturellen Werkstätten und Begegnungszentren für Kinder, Jugendliche, Familien und Ältere – sie alle erhalten jährlich ihren Anteil an Geldern und können, wo möglich, mit einer weiteren Unterstützung durch die GAL rechnen. Eines unserer Anliegen ist dabei die Förderung von Stadtteil- und Straßenfesten.

Die GAL setzt sich für den Bestand einer Bücherhalle im Grindelviertel ein.

Ein besonderes Anliegen der GAL sind die Unterstützung und der Erhalt der Galerie Morgenland (Geschichtswerkstatt Eimsbüttel) – sowie der Erhalt und die Förderung lokaler Kino-Angebote zum Beispiel im Grindelkino oder im Abaton am Standort Grindelhof.

Musik

Hamburg profiliert sich als Musikstadt – das finden wir gut. Für die GAL beschränkt sich das Engagement aber nicht auf Elbphilharmonie und

Opernhaus. Wir wollen anknüpfen an die Geschichte Eimsbüttels als Schmelztiegel der Popkultur. Die Eimsbüttler Musikclubs waren legendär und sollen es wieder werden. Die deutsche HipHop-Kultur hat ihre Wurzeln in Eimsbüttel. In der Lokalpolitik wollen wir einen Schwerpunkt setzen bei Investitionen in die Kinder und Jugendarbeit. Nur wenn Kinder aller gesellschaftlichen Schichten bereits in der Grundschule musizieren, singen und tanzen und an Musikkultur herangeführt werden, können sie Musik verstehen und sich frei entscheiden: für Subkultur, Hochkultur – oder für beides. Musik kann eine globale Sprache sein. Deshalb gehört für uns auch das Fördern und Verstehen der Musik verschiedener kultureller Hintergründe unbedingt dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind – unabhängig von seiner Herkunft – ein Instrument zur Verfügung gestellt bekommt und den dazugehörigen Unterricht!

Bei der Vergabe von Stadtteilkulturmitteln wird insbesondere auf die Förderung musikalischer Projekte, z.B. von Jugendzentren oder BürgerInnenhäusern, geachtet. Vorhandene Projekte zum Beispiel in BürgerInnenhäusern sollen ausgebaut werden. Kooperationen mit lokalen Orchestern oder Chören, aber auch den ansässigen Theatern und der Musikhochschule sind wünschenswert. Solche Kooperationen sollten auch auf die Schulen ausgebaut werden.

Plattformen für junge Bands werden unterstützt.

Wir wollen den Standort des „Logo“ sichern.

Die GAL steht weiterhin für den Ausbau und Erhalt der Jugendmusikschule. Die Kürzungen der Zuwendung durch den CDU-Senat zeigen deutlich die Schieflage der Senatpolitik.

7. Kinder- und Jugendpolitik in Eimsbüttel

Die GAL setzt sich für eine **bedarfsgerechte Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen** im Bezirk ein – mit dem Ziel, allen Kindern und Eltern qualifizierte und an ihren Bedürfnissen orientierte Angebote zugänglich zu machen. Anders als bei der Kita-Politik des Senats darf die Berufstätigkeit der Eltern nicht wichtigstes Kriterium bei der Platzvergabe sein. Die Versorgung von sozial benachteiligten Kindern und Kindern mit Sprachschwierigkeiten muss einen gleichberechtigten Stellenwert haben. Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen auch weiterhin **ausreichend Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit** sowie der aufsuchenden Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit) zur Verfügung stehen. Kindern und Jugendlichen sollen bedarfsgerechte und vielfältige Freizeitangebote gemacht werden.

Die Planung dieser Angebote muss sich an der spezifischen sozialen Struktur orientieren und die Kinder und Jugendlichen von Anfang an einbeziehen. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Stadtbezirk ausbauen. Die Vielfalt an qualifizierten freien Trägern muss erhalten bleiben. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung von Qualitätsstandards in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ein. Gegenüber der Landesebene fordern wir, dass Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit sachgerecht und der Wichtigkeit ihrer Arbeit angemessen mit Personal und Ressourcen ausgestattet werden.

Die Einführung einer flächendeckenden Ganztageschule gibt die Chance, dass vereinzelt nicht mehr benötigte Nachmittagsangebote in dringend benötigte Abend- und Wochenendangebote umgesteuert werden. Wir

wollen dabei die Jugendhilfe stärken und gleichberechtigte Kooperation von Jugendhilfe und Schule unterstützen.

Darüber hinaus machen wir uns dafür stark, dass auch die Hilfen zur Erziehung sowie familienunterstützende Angebote fortentwickelt werden.

Wir wollen, dass junge Lesben und Schwule bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützt werden. Das Coming-out – der Prozess des Bewusstwerdens der eigenen Homosexualität – ist für junge Lesben und Schwule immer noch sehr schwierig. In den Jugendeinrichtungen und an den weiterführenden Schulen soll es daher AnsprechpartnerInnen für sie geben, zudem sollen Gruppenangebote gemacht bzw. vermittelt werden. Die Gleichwertigkeit von Homo- und Heterosexualität soll dargestellt werden.

Schließlich setzen wir uns dafür ein, dass **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im öffentlichen Raum Aufenthalts- und Entfaltungsmöglichkeiten finden**. Wir fordern, dass die Bezirke wieder ausreichend Mittel für die Pflege von Spielplätzen und Aufenthaltsorten für Junge Menschen erhalten.

Sport

Die Sportvereine leisten einen bedeutenden Beitrag zur Freizeitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger, zur Bildung und nicht zuletzt zur Jugendarbeit. Die Integrationsleistung der Klubs ist hoch einzuschätzen. Wir setzen uns für eine gute **Vernetzung der Arbeit von Schulen und Sportvereinen** ein.

Die GAL setzt sich dafür ein, dass die wichtige, oft ehrenamtlich erbrachte Arbeit in den Vereinen von der Politik angemessen gewürdigt und unterstützt wird. Wir wollen, dass die **bezirklichen Sondermittel** weiterhin zu einem bedeutenden Anteil für den Sport eingesetzt werden.

Dazu gehört auch der **Erhalt und die Erneuerung von Sportstätten**; sie dürfen nicht Verfügungsmasse für Bauvorhaben werden. Eventuelle wegfallende Sportstätten müssen ersetzt werden.

9. Umwelt und Verkehr

Umwelt, Grün, Gesundheit, Verbraucherschutz

Weniger Lärm, mehr Grün – wir sichern Lebensqualität

Eimsbüttel ist ein grüner und vielfältiger Bezirk mit hoher Lebensqualität – und das soll auch so bleiben!

In Zeiten des Klimawandels und den Gefahren, die dieser mit sich bringt, steht auch für die GAL Eimsbüttel Klimaschutz an erster Stelle. Wir alle können dazu einen Beitrag leisten. Besonders der nachhaltige Umgang mit Ressourcen und die Vermeidung von CO₂-Ausstoß sind hier entscheidend. Bereits mit einfachen Mitteln lässt sich das Klima schonen. Vor allem durch die Vermeidung von Autoverkehr und die vermehrte Nutzung des Fahrrads – gerade für kurze Strecken – und des öffentlichen Nahverkehrs.

Damit das Fahrradfahren im Bezirk noch attraktiver wird, möchten wir uns auch in Zukunft für einen flächendeckenden Ausbau des Veloroutennetzes einsetzen. Das kann Hand in Hand mit einer vermehrten Verkehrsberuhigung geschehen – etwa durch Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bezirksstraßen. Fahrradfahren wird attraktiver, die Verkehrslage im Bezirk entspannt sich und es wird eine deutlich niedrigere Lärmemission erreicht. Auch wollen wir die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs verbessern.

Auf diese Weise steigt die Wohn- und Lebensqualität in Eimsbüttel – durch weniger Lärm und mehr Grün.

10. Umwelt und Grün

Unser Bezirk ist dicht besiedelt, er bietet aber auch viele grüne Oasen! Diese Rückzugsorte vor der Hektik der Großstadt schaffen Lebensqualität und tragen erheblich zu einem guten Stadtklima bei. Die Rolle der Flora und Fauna kann hier nicht hoch genug bewertet werden. Allerdings müssen die natürlichen Ressourcen im Bezirk auch weiterhin geschützt und gepflegt werden. Daher möchten wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode für den Erhalt und die Pflege der Bäume im Bezirk stark machen. Jeder Baum, der fällt, ist einer zu viel!

Um die Erkrankung von Bäumen zu verhindern und dem Baumschwund entgegenzutreten, soll verstärkt auf nachhaltige Pflege- und Ausgleichsmaßnahmen gesetzt werden. Dazu gehören auch Neupflanzungen.

Die Flora und Fauna lässt sich darüber hinaus stärken, indem Bäche und Flüsse im Bezirk renaturiert werden. Sinnvolle Konzepte dazu möchten wir prüfen. Offene Wasserläufe fördern die Artenvielfalt in der Stadt durch die Erschließung neuer Lebensräume. Mehr erlebbare Natur in der Stadt ist die Folge.

Auch gilt es, im Bereich der Kollau und ihrer Nebenflüsse Aspekte des Hochwasser- und des Naturschutzes zu verbinden.

Für den Isebekkanal gilt es, die vorliegenden Konzepte zur Veränderung der Ufergestaltung im Hinblick auf die Belange der AnwohnerInnen, der möglichen Freizeitnutzungen und der Berücksichtigung von Naturschutzaspekten weiterzuentwickeln. Wir wollen prüfen, ob weitere Naturflächen auch im Kerngebietsbereich geschaffen werden können oder brachliegende Potenziale, etwa an Wasserläufen, genutzt werden können.

Das Konzept der wachsenden Stadt erhöht den Druck, bestehende Freiflächen zu nutzen. Die GAL Eimsbüttel will aber nicht nur Naturschutzgebiete, sondern auch weitere Freiflächen erhalten. Verbindungen von Grünflächen gilt es verstärkt zu sichern und auszubauen.

Unser Ziel besteht darin, den Bezirk grüner werden zu lassen, indem neue Flächen zur Begrünung erschlossen werden. Dazu gehört die verstärkte Bepflanzung von Dächern sowie die Nutzung vertikaler Flächen wie Häuserwände.

Um den Klimaschutz voranzutreiben, fordern wir Maßnahmen zur Energieeinsparung wie den Bau von Passivhäusern, nachträgliche verbesserte Wärmedämmungen und den Verzicht auf Stand-by-Schaltungen. Diese Punkte wollen wir durch bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit und Beratung unterstützen.

Die Bezirke Nord, Mitte und Eimsbüttel haben bezirksübergreifend vereinbart, das Pflegekonzept Alstervorland zu überarbeiten, um Pflegedefizite abzubauen. Das kann nur in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil geschehen, um auf die Bedürfnisse vor Ort einzugehen. Wir wollen das Alstervorland als Naherholungsgebiet stärken.

Spielplätze und Naturerlebnis im Bezirk

Uns ist es besonders wichtig, dass auch die kleinen Bürgerinnen und Bürger sich in Eimsbüttel wohl fühlen!

Wir möchten verstärkt öffentlichen Raum für sie bereitstellen und an ihre Bedürfnisse anpassen. Folglich sollen Spielplätze saniert und verbessert werden – und das unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So

findet ihre Expertenmeinung angemessen Gehör! Der Senat ist aufgefordert den Bezirken endlich mehr Mittel für Spielflächen zur Verfügung zu stellen. Außerdem möchten wir den Kindern und Jugendlichen Gelegenheit geben, sich die Natur in der Stadt zu erschließen. Das kann im Bezirk geschehen, indem wir den Naturraum – den zum Beispiel das Niendorfer Gehege bietet – erfahrbar erhalten. So lässt sich auch die Notwendigkeit des Klimaschutzes vor Ort unmittelbar erleben.

Lärmschutz

Um allen Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk eine möglichst ruhige Wohnlage zu gewährleisten, werden wir uns auch in Zukunft für einen besseren Lärmschutz einsetzen. Das schließt ein, dass die per EU-Recht notwendig gewordenen Lärmkataster auf Handlungsnotwendigkeiten untersucht und Aktionspläne entwickelt werden. Hier wollen wir aus dem Bezirk heraus Druck auf die Senatsbehörden ausüben.

Hinsichtlich der Reaktivierung der Güterumgehungsbahn sind Bahn und Senat aufgefordert, einen optimalen Lärmschutz zu gewährleisten. Dazu gehört die gezielte Entdröhnung von Brücken und die Unterstützung von Initiativen der AnliegerInnen vor Ort.

(Hinweis: weiteres finden Sie im Programm für die Regionalbereiche Eidelstedt/Stellingen und Lokstedt/Niendorf/Schnelsen)

Vor allem nachts trägt eine Verringerung der Lärmemissionen zu einer deutlich erhöhten Lebens- und Wohnqualität bei. Deshalb machen wir uns für Nachtfahrverbote von Lkw im Bezirk stark – etwa auf der Kieler Straße.

Ein großer Teil des Bezirks liegt in der Einflugschneise des Flughafens – ein Aufweichen des Nachtflugverbots werden wir nicht zulassen!

Auch in den frühen Morgenstunden muss die Nachtruhe gewährleistet sein. Deshalb wehren wir uns gegen einen immer früher beginnenden Anlieferverkehr bei Supermärkten. Solchen Tendenzen werden wir auch weiterhin entschieden begegnen.

Verbraucherschutz und Gesundheit

Zurzeit findet eine Analyse der gesundheitlichen Lage in den Stadtteilen Eimsbüttels anhand ausgewählter Indikatoren statt. In Verbindung mit Sozial- und Bevölkerungsdaten können so die Grundlagen für die mittelfristige Angebotsplanung geschaffen werden.

Ein derartiges Angebot ist die seit 2004 existierende Gesundheits- und Pflegekonferenz Hamburg-Eimsbüttel. Die Akteure im Bezirk haben sich entschieden, in der nahen Zukunft folgende Themen zu bearbeiten:

- Bewegung und gesunde Ernährung
- Soziale Teilhabe, Wohnen und Sterbebegleitung
- Tod und Trauer in anderen Kulturen sowie interkultureller Dialog

Diese Schwerpunktthemen werden wir auch in der kommenden Legislatur unterstützen und verstärkt angehen!

Der Bezirk Eimsbüttel bietet zudem auf unsere Initiative hin eine bürgernahe Umweltberatung an. Aktuelle Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wie Fragen zur Problematik von Mobilfunkempfang und Strahlung wollen wir auch künftig aufgreifen.

Das Beratungsangebot im Bezirk im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz ist allerdings abhängig von den finanziellen Vereinbarungen zwischen Trägern und Senatsbehörden. Durch eine

Intensivierung der Arbeit des bezirklichen Suchtbeirates möchten wir die bestehenden Angebote stärken und notwendige neue initiieren.

11. Klimaschonende Mobilität

Der Klimawandel ist nicht neu. Neu ist nur, dass er jetzt nicht mehr ernsthaft geleugnet wird. In Eimsbüttel wollen wir einen Beitrag zum nötigen Umdenken leisten.

Schon lange ist der Kraftverkehr ein wesentlicher Belastungsfaktor für das städtische Leben. Nun rückt er auch als einer der großen Verursacher für klimaschädliche Abgase in den Blickpunkt. Wir warten nicht auf den notwendigen technischen Fortschritt bei Autos, denn der löst nur einen kleinen Teil der Probleme.

Wir fordern und fördern ein Mobilitätsverhalten, das die natürlichen Lebensgrundlagen wie auch die Nerven unserer Mitmenschen schont, eine Mobilität, die stadt- und sozialverträglich ist. Unser Ziel ist eine mobile, aber autoverkehrsarme Stadt!

Den individuellen Abschied vom Auto erleichtern

Den Kraftverkehr zu reduzieren ist eine Maßnahme, von der alle in Eimsbüttel etwas haben.

Denn dann können im Straßenraum wieder mehr Flächen für die Menschen gewonnen werden: zum natürlichen Bewegen für Kinder, zum Plausch mit den Nachbarn, für mehr Grün!

Eine zentrale Frage ist: Was müssen wir konkret tun, damit Menschen, die heute in Eimsbüttel noch gerne und häufig mit dem Auto fahren, für sich ganz persönlich Alternativen entdecken?

Dazu wollen wir diese stärker ins Bewusstsein rücken, sie fördern und auch objektiv attraktiver machen: Zu-Fuß-Gehen, Radfahren sowie die öffentlichen Verkehrsmittel Bus und Bahn benutzen.

Dabei geht es nicht um Verzicht. Im Gegenteil, weniger ist mehr! Sich vom Auto und seinen Zwängen ganz zu lösen, erschließt neue persönliche und nicht zuletzt finanzielle Freiheiten. Und häufig ist es leichter als gedacht! Wir setzen uns für mehr und noch wohnortnähere Car Sharing-Stellplätze ein, um der stärkeren Nachfrage gerecht zu werden.

Zu-Fuß-Gehen

Gehwege garantieren allen Menschen ein Stück Mobilität, ob mit oder ohne Gehwagen. Deshalb müssen wir die Wege dringend fit machen, damit sie auch von alten oder beeinträchtigten Menschen sicher und bequem genutzt werden können. Der öffentliche Raum soll barrierefrei werden. Das bedeutet auch, dass die Grünphasen an Ampeln lang genug sein müssen, um Hauptverkehrsstraßen stressfrei überqueren zu können. Wir brauchen weder Schummel- noch Bettelampeln, die FußgängerInnen besonders lange warten lassen! Anforderungsampeln (das sind die mit dem Drückknopf!) sollen im Gegensatz zur derzeitigen Praxis zukünftig eher besonders kurze Wartezeiten für Fußgänger bieten.

Wohn- und Geschäftsstraßen müssen baulich so angelegt sein, dass FußgängerInnen sie in regelmäßigen Abständen ungehindert überqueren können. Mit Zebrastreifen wollen wir mehr Übergänge schaffen, an denen FußgängerInnen Vorrang haben.

Auch wer ohne Auto unterwegs ist, ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad, hat einen Anspruch, dass ihre/seine Wege an Baustellen nicht unnötig stark behindert werden. Daher brauchen Baustellen ein Verkehrsmanagement, dass Rad- und Fußverkehr berücksichtigt.

Eine funktionierende Reinigung der Geh- und Radwege auch im Winter halten wir für selbstverständlich.

Viele Gehwegbereiche versinken nachts in tiefer Finsternis. Eine effektive Straßenbeleuchtung muss sich an der Ausleuchtung der Gehwege orientieren. Kreisverkehre dürfen nicht zum Nachteil der Fußgänger ausgelegt werden.

Radverkehr

Wer schon mal im benachbarten Ausland (etwa in Dänemark, Holland oder der Schweiz) per Rad unterwegs war, weiß wie gut es sich anfühlt, von der Verkehrsplanung als vollwertige VerkehrsteilnehmerIn berücksichtigt zu werden. Hamburg dagegen bekam kürzlich den Titel der fahrradfeindlichsten Großstadt verliehen. Es gibt also viel zu tun!

Wir wollen das Netz gut befahrbarer Velorouten flächendeckend ausbauen. Wir wollen mehr Fahrradstraßen einrichten, auf denen sich Radler sicher fühlen, weil sie dort Vorrang vor den Autos haben.

Viele der klassischen Bordstein-Radwege sind inzwischen in so schlechtem Zustand, dass ihre zügige Erneuerung eines finanziellen Kraftaktes bedürfte. Von der Fahrbahn abmarkierte Fahrradstreifen, auf denen RadfahrerInnen von AutofahrerInnen immer gut gesehen werden, sind da eine sichere und wesentlich preiswertere Alternative. Außerdem ist in vielen Straßen für gute Radwege gar nicht der Platz, ohne die Gehwege zu sehr einzuschränken. Wenn Fahrradwege gebaut werden, dann bitte nicht die üblichen Billig-Radwege ohne festen Untergrund, sondern langlebige Qualität! An Ampeln, an denen für Radfahrende bisher nur die kurzen Grünzeiten für FußgängerInnen gelten, sollen Fahrradampeln diese Benachteiligung abbauen.

Fahrradbügel prägen in manchen Teilen bereits das lokale Stadtbild. Die vor dem Hamburg-Haus sind auch optisch ein gelungenes Beispiel. Wir

wollen erreichen, dass nicht nur in Wohngebieten, sondern auch vor öffentlichen Einrichtungen ebenso wie vor Geschäften ganz selbstverständlich Fahrrad-Stellplätze zu finden sind, damit die Kundschaft vermehrt per Fahrrad kommen kann. Geschützte Abstellmöglichkeiten bieten Fahrradhäuser, die wir weiter fördern wollen. Die Aufstellung im Straßenraum auf bisherigen Autoparkplätzen sollte selbstverständlich möglich sein.

Die Bezirke müssen wieder über die Verwendung eigener Radverkehrsmittel entscheiden können, weil sie gegenüber einer Zentralbehörde besser wissen, wo der Schuh drückt.

Attraktivitäts-Offensive im öffentlichen Nahverkehr

Eine Stadtbahn bietet viele Vorteile: hohen Fahrkomfort, ein großes Sitzplatzangebot, gute Erreichbarkeit der Haltestellen und eine flotte Reise. Sie macht den ÖPNV auch für Menschen interessant, die wegen der Enge und des Gerüttels nicht mit dem Bus fahren. Mit der Einführung einer Stadtbahn wollen wir eine Attraktivitäts-Offensive für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) starten. Die Pläne für ein Grundnetz sind vorhanden und müssen nur aus der Schublade geholt werden. In Eimsbüttel würden besonders die vielen Fahrgäste der heutigen Metrobuslinie 5 von einer Stadtbahn profitieren, aber auch die auf der Linie 20/25 und – in einer späteren Ausbaustufe – die der Linie 22 mit einem dringend benötigten Anschluss der Arenen im Volkspark.

Darüber hinaus gibt es im bestehenden ÖPNV vieles zu verbessern: Beschleunigung der Busse durch zusätzliche Busspuren und bessere Ampel-Schaltungen. Auch die Fahrpreise ließen sich senken, denn der HVV erzielt deutschlandweit die höchste Kostendeckung durch Fahrkarten.

Management des öffentlichen Raumes

Obwohl die Bezirksämter sich mit gleichnamigen Abteilungen bereits gut aufgestellt haben, findet ein solches Management noch viel zu wenig statt. Wir wollen unsere Verwaltung in die Lage versetzen, den öffentlichen Raum tatsächlich besser zu managen, sei es bei schleppenden Reparaturen von Geh- und Radwegen, Reklametafeln, die im Weg stehen, ausufernden Auslagen von Geschäften auf Gehwegen, regelmäßig überquellenden Wertstoffcontainern oder unzureichendem Baumschutz: Dazu bedarf es einer besseren finanziellen Ausstattung des Bezirks durch den Senat!

Wir wollen eine altersgerechte Verkehrs-Infrastruktur und möglichst gefahrenfreie Räume für Kinder, in denen sie sich selbstständig und sicher bewegen können.

Gestaltung von Straßenräumen

Wir wollen den öffentlichen Verkehrsraum nicht auf Kosten von Grünflächen erweitern, sondern ihn insgesamt gerechter aufteilen. Um beispielsweise in der Schäferstraße Platz für dringend benötigte Fahrradbügel zu schaffen, können die Flächen heutiger Autostellplätze nicht grundsätzlich tabu sein.

Manches haben wir schon erreicht: Überdimensionierte Kreuzungen in Wohngebieten haben wir zurückgebaut, speziell in der Nähe von Schulen. Bei freier Sicht können besonders Kinder diese Straßen wieder sicher überqueren. Es wurde Platz für Fahrradbügel geschaffen, damit AnwohnerInnen ihre Räder im Straßenraum möglichst diebstahlsicher anschließen können.

Beispielgebend ist auch die Neuordnung des Heußwegs, von der alle profitieren. Wo vorher so ausufernd auf dem Gehweg geparkt wurde, dass manchmal weder Rollstuhl noch Kinderwagen mehr durchkamen, kann

heute auf breiten Gehwegen flaniert werden. Vergrößerte Baumscheiben sichern den Straßenbaumbestand, AnwohnerInnen freuen sich über die große Zahl an Fahrradbügeln, wo vorher praktisch keine waren, und trotzdem gibt es noch 30 ausgewiesene Autostellplätze mehr! Die schlichte Zauberformel: Autos können jetzt nur noch am Fahrbahnrand abgestellt werden!

Quartiersgaragen können nur dann wirtschaftlich betrieben werden, wenn ihr Bau massiv mit öffentlichen Mitteln subventioniert wurde. Sie können Sinn machen, sofern im Gegenzug oberirdische Flächen vom Autoverkehr freigemacht werden, um sie anders, etwa als Stadtplatz, gestalten zu können. Dann überwiegt der öffentliche Nutzen deutlich. Der finanzielle Aufwand ist allerdings enorm, wenn ein unterirdischer Autostellplatz wie bei der geplanten Garage unter dem Allendeplatz 45.000 Euro kostet.

Quartiersgaragen sollten nicht dazu dienen, die Autonutzung in der Stadt noch attraktiver zu machen, denn die soziale Struktur in Eimsbüttel verändert sich. Viele EimsbüttlerInnen könnten es sich finanziell durchaus leisten, ein Auto anzuschaffen, sei es als Erst-, Zweit oder Drittwagen, wenn die Nutzung nur attraktiv genug wird. Das wollen wir nicht!

Wir verfolgen auch im Bezirk Eimsbüttel den Shared Space-Ansatz.

Deshalb wollen wir für die Oster- und die Frohmestraße einen intensiven Diskussionsprozess zu Shared Space in Gang setzen.

Shared Space - Platz für alle!

Der Straßenraum soll so umgestaltet werden, dass sich alle gern dort aufhalten und gleichzeitig der notwendige Autoverkehr weiterhin stattfinden kann. Alle Funktionen sollen wieder miteinander im Einklang stehen.

Die Anwohnerinnen und Anwohner sind gefragt: Wollen wir einen Durchfahrtsraum oder eine lebendige Flaniermeile? Wie können wir mehr Rücksichtnahme erreichen? Kann unsere Straße, unser Platz oder unsere Kreuzung lebendiger und sicherer werden?

Shared Space ist keine Standardlösung, die einfach immer wieder angewendet wird, sondern es entsteht immer eine individuelle Lösung für den jeweiligen Raum.

Die Straße ist auch viel mehr, als der Platz für fahrende und abgestellte Autos: Platz zum Flanieren, Ort der Begegnung und Unterhaltung, Spielbereich der Kinder, das Café unter freiem Himmel und noch viel mehr.

Bei größeren Umgestaltungen von Fahrbahnen oder bei Grundinstandsetzungen kommt allzu oft die Sicherheit der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen (FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Kinder) zu kurz. Hier muss die planende Verwaltung die Qualität deutlich steigern und Verkehrssicherheit schon bei der Vergabe von Aufträgen stärker berücksichtigen. Als formalisiertes Verfahren eignet sich auch das vom ADFC geforderte Sicherheits-Audit.

Die Wohnqualität steigern

Viele Menschen wohnen an Hauptverkehrsstraßen wie der Fruchttallee oder der Kieler Straße. Deshalb müssen an solchen Straßen endlich Lärminderungsmaßnahmen beginnen, um Gesundheitsschäden vorzubeugen und die Wohnqualität zu erhöhen. Anwohner sollen wieder ruhig schlafen können. Deshalb brauchen wir auch zusätzliche Tempo-30-Zonen, um den Kraftverkehr zu beruhigen.

12. Stadtplanung und Bauen – mit Augenmaß, zukunftsfähig, sozial

Eimsbüttel ist mit etwa 4900 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer der am dichtesten besiedelte Bezirk Hamburgs. Gleichzeitig ist der Bezirk gleichermaßen als Wohnort und Gewerbestandort gefragt. Hieraus ergeben sich für die Stadtentwicklung vielfältige Anforderungen.

Die **Bezirkliche Entwicklungsplanung (BEP)** ist das planerische Leitbild Eimsbüttels. Die BEP verfolgt einen interdisziplinären Ansatz. Wohnungen, Arbeitsstätten, soziale und verkehrliche Infrastruktur sowie dezentrale Nahversorgung sollen im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Berücksichtigung der sozialen und geschlechterbedingten Erfordernisse (Gender Mainstreaming) geschaffen, ausgebaut bzw. verbessert werden – unter Berücksichtigung möglichst aller Belange. Gerade die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen müssen einbezogen werden. Auf Antrag der GAL wird ein Schwerpunkt die Förderung Energie sparender Bauweisen sein. Die BürgerInnen sollen weitgehend beteiligt werden. Das Eimsbütteler Pilotprojekt Stadtplanung im Netz ist dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Hier können laufende Projekte, aber auch beschlossene Pläne eingesehen werden.

Bauen und Wohnen

Nachdem die Soziale Erhaltungssatzung und die Umwandlungsverordnung vom CDU geführten Senat nicht verlängert wurden, rollte eine Welle der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sowie von Luxussanierungen über Eimsbüttel hinweg. Angestammte BewohnerInnen müssen aus Eimsbüttel fortziehen, weil sie sich eine Wohnung hier nicht

mehr leisten können. Die GAL fordert, diese Instrumente zum Schutz der Bewohnerstruktur wieder einzuführen.

In Eimsbüttel gibt es nur wenige Grundstücke in städtischem Besitz. Die GAL fordert vom künftigen Senat, sie nicht wie bisher an den Meistbietenden zu verschern (Höchstgebotsverfahren, wie etwa auf dem Areal von *pflügen & wohnen* am Lohkoppelweg). Stattdessen unterstützen wir eine **gezielte Vergabe an Baugenossenschaften**, Baugemeinschaften oder auch private Gesellschaften, die erschwinglichen Wohnraum besonders für junge Familien errichten. Auch der geförderte Wohnungsbau muss wieder verstärkt unterstützt werden, um jene Sozialwohnungen zu ersetzen, die in den kommenden Jahren aus der Sozialbindung herausfallen werden.

Jede Neubebauung soll sich städtebaulich und in ihren Dimensionen ins Umfeld einfügen. Nachverdichtung sowie Innenentwicklung auf Brachen oder bebauten Grundstücken muss Vorrang haben („Flächenrecycling“). Energie sparende Bauformen müssen energisch vorangetrieben werden. Die GAL fordert, in Hamburg die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Energiespar-Standards in Bebauungsplanverfahren festgeschrieben werden können.

Darüber hinaus muss Barrierefreiheit beim Bauen ebenso zum Standard werden wie eine Planung, die die Bedürfnisse von SeniorInnen und Menschen mit Behinderungen regelhaft einbezieht.

In der kommenden Legislaturperiode stehen mehrere größere Wohnbauvorhaben im Bezirk an: an der Sophienterrasse in Harvestehude, auf der Hans-Heinrich-Sievert-Sportanlage am Grandweg (Lokstedt), am

Lohkoppelweg (Lokstedt), die „Neue Mitte Stellingen“ am Sportplatzring sowie an der Bogenallee (Rotherbaum). Am Scheideweg entsteht ein bereits geplantes Wohngebiet auf einer Brachfläche. Allein durch diese Projekte entstehen über 1000 neue Wohnungen in Eimsbüttel.

Soziale Stadtteilentwicklung

Die GAL fordert die Fortführung der Projekte der sozialen Stadtteilentwicklung. In Eimsbüttel-Süd (Sanierungsgebiet), in der Lenz-Siedlung, in Schnelsen-Süd, in Eidelstedt-Nord und Eidelstedt-Ost sowie in der Stellingener Linse ist finanzielle Unterstützung erforderlich, um soziale und bauliche Verbesserungen zu erreichen oder bereits erreichte Fortschritte zu untermauern. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Einrichtung von Verfügungsfonds zur Fortführung der ehrenamtlichen Projekte in den Quartieren.

Lärm und Abgase gefährden die Gesundheit der BürgerInnen. Daher wollen wir Baulücken an Hauptverkehrsstraßen im Zuge von Neubauvorhaben schließen (wie aktuell am Paciusweg/Kieler Straße). Eine Verdeckelung der A7 im Zuge des geplanten Ausbaus würde für die Zentren von Stellingen und Schnelsen die Lebensqualität deutlich verbessern und Belastungen vermindern. Die GAL setzt sich hierfür ein, ebenso für durchgehenden Lärmschutz anlässlich der Ertüchtigung der Güterumgehungsbahn.

Arbeitsstätten und Gewerbe

Der Bezirk Eimsbüttel bietet dank eines großen Anteils kleiner und mittlerer Unternehmen vielfältige Arbeitsangebote. Diese Unternehmen sichern durch geregelte und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse einen Teil des Wohlstands in unserem Bezirk. Es gilt, die hier ansässigen Betriebe in

ihrem Bestand und im Hinblick auf Erweiterungsmöglichkeiten zu sichern. Auch im Einzelhandel gilt unser Bemühen dem Schutz der kleinen und mittelständischen Betriebe.

Durch Schaffung von Planrecht versuchen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, die bezirklichen Zentren und Nebenzentren zu schützen und weiterzuentwickeln (etwa die Hoheluftchaussee und das Eidelstedter Zentrum). Großflächiger Einzelhandel soll möglichst nicht außerhalb der Zentren entstehen. Die vom CDU-Senat geplante Ansiedlung eines Möbelgroßmarkts an der Holsteiner Chaussee lehnt die derzeitige rot-grüne Koalition in der Bezirksversammlung ab. Eine Realisierung dieses Projekts öffnet dem „Wildwuchs“ des Einzelhandels in diesem Gebiet Tür und Tor. Die GAL fordert deshalb: kein Möbelgroßmarkt in Eidelstedt!

Auch Gewerbegebiete wollen wir vor der Ansiedlung von Einzelhandel schützen. Andernfalls wäre es beispielsweise für das produzierende Gewerbe unerschwinglich, in Eimsbüttel ansässig zu bleiben.

13. Das Eimsbütteler Kerngebiet:

Die Stadtteile Eimsbüttel, Hoheluft-West, Harvestehude und Rotherbaum

Die Stadtteile des Eimsbütteler Kerngebiets gehören nicht nur zu den am dichtesten besiedelten in Hamburg, sondern auch zu ihren attraktivsten. Eine hohe **Wohn- und Lebensqualität**, ein oft beispielhaftes und funktionierendes Miteinander, werden durch ein breites Angebot an Schulen, Kinderbetreuung, Altenwohnanlagen, Freizeitmöglichkeiten, Versorgung des täglichen Bedarfes, „kurzen Wegen“ und durch eine gute Anbindung an den ÖPNV erst möglich und zeichnen sie aus. Nicht umsonst lassen sich noch immer viele junge Familien hier nieder, gehören auf Eimsbütteler Wegen Kinderwagen und FahrradfahrerInnen zum alltäglichen Bild.

Doch seit der Senat die Soziale Erhaltens- und die Umwandlungsverordnungen als Regulierungsinstrumente abschaffte, steigen in allen Stadtteilen die Mieten, wandeln HauseigentümerInnen ihre Mietshäuser in Eigentumswohnungen um. Vor allem den einkommensschwächeren EimsbüttelerInnen, aber auch wachsenden Familien fällt es schwer, mit dieser Entwicklung mitzuhalten, wenn sie dauerhaft in ihrem Stadtteil wohnen bleiben möchten. Schon jetzt, nach nur wenigen Jahren, ändert sich in den Quartieren das Bild. Nicht nur im zum Schanzenviertel gehörenden Teil des Kerngebiets, zwischen Doormannsweg, Eimsbütteler und Altonaer Straße, ist die Zahl der Haushalte, in denen Alteingesessene oder Kinder leben, prägnant gesunken. Immer mehr der sanierten Wohnungen werden an besser verdienende Singles verkauft. Das Wohnen in den noch geplanten oder

schon erstellten Neubauten ist aber oftmals erst recht für viele nicht mehr erschwinglich. Hartz IV, Studiengebühren, Rentenknappheit und die oft niedrigen Löhne haben zu Abwanderungen geführt. Die innere Stadt wird exklusiver. Das nachbarschaftliche Miteinander, die bunte, integrative Mischung, die die EimsbüttelerInnen so schätzen, wandelt sich.

Wohnen im Kerngebiet

Für den sozialen Wohnungsbau setzen wir uns grundsätzlich ein. Auch familienbezogene **Baugemeinschaften und Wohnprojekte** wie *Alt und Jung* bieten die z.B. genossenschaftliche Alternative für ein finanzierbares, selbstbestimmtes und soziales, nachbarschaftliches Leben über die Generationen hinweg. Der GAL ist es gelungen, den Bau einer Tiefgarage unter der Marktfläche an der **Methfesselstraße** an die Vergabe eines Grundstücks an eine Baugemeinschaft zu knüpfen. Und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die wenigen für solche Gemeinschaftsprojekte zur Verfügung stehenden Flächen im Sinne von Wohnqualitätssteigerung erfolgreich entwickelt werden. Auch der Aufgabe eines Spielplatzes im **Lastropsweg** haben wir nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die Fläche einer Baugemeinschaft überlassen wird. Die begrüßenswerte Bewegung, die in die Baugemeinschaftslandschaft gekommen ist, wird gestoppt durch den Mangel an Flächen. Die Stadt hat meist schon verkauft, was ihr gehörte, und private EigentümerInnen richten sich in der Regel nach einem zu erzielenden Preis. Hier können Baugemeinschaften, sofern sie überhaupt ein Angebot erhalten, leider selten mitbieten.

Ein besonderes Anliegen ist uns außerdem eine planmäßige Förderung der sukzessiven Sanierung des gesamten Baubestandes im Hinblick auf Wärmedämmung, erneuerbare Energien und **Energieeffizienz** sowie das

Schaffen von entsprechenden Auflagen für alle Neubauvorhaben. In diesem Bereich setzen wir uns für flächendeckende Energie-Audits ebenso ein wie für Beratung und Unterstützung aller, die diese Zukunftsaufgabe endlich in Angriff nehmen. In der Verwaltung und beim Betrieb aller öffentlichen EnergieverbraucherInnen bis hin zur Straßenbeleuchtung soll hier nach dem Willen der GAL sehr bald mit gutem Beispiel vorangegangen werden.

Nahversorgung und Konsum

Auf die Entwicklung unserer bezirklichen Zentren wie um die Osterstraße, an der Hoheluftchaussee, aber auch im Grindelhof, an der Weidenallee oder im Eppendorfer Weg richtet sich unser besonderes Augenmerk. Diese sollen nicht nur funktionierende Einkaufszentren mit entsprechendem Branchenmix, sondern auch **öffentliche Orte mit Aufenthaltsqualität** sein, die die Gelegenheit zu Begegnungen bieten. Im Vordergrund sollte nicht nur die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen stehen. Kulturelle und soziale Einrichtungen gehören ebenfalls vor Ort. Und das nicht nur, weil in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen auch außerhalb von Berufstätigkeit nach Treffpunkten, Betätigungsfeldern und Verwirklichungsmöglichkeiten suchen. Dabei unterstützen wir Netzwerke, Initiativen und Runde Tische, zu denen sich Gewerbetreibende, Unternehmen, Institutionen, BürgerInnen, Verwaltung und die Politik zusammenschließen. Hier können Konzepte entwickelt werden, die die Bedürfnisse möglichst vieler BürgerInnen aufgreifen und die zukunftsfähig sein sollten. Wir begleiten diese Konzepte mit dem Bestreben, die hohe Lebensqualität Eimsbüttels für alle zu bewahren und sie dennoch an die notwendigen Veränderungen einer Zukunft unter den Vorzeichen des

Klimawandels anzupassen. Für uns bedeutet dies zum Beispiel eine Quartiersentwicklung auch im Sinne von **Shared Space**. Besonders an der Osterstraße und im Grindelhof könnten solche Konzepte zur Verbesserung von Aufenthaltsqualität und zum Aufenthaltsgenuss im öffentlichen (Straßen-)Raum beitragen.

In beiden Stadtteilen, aber auch überall sonst rund um die kleineren und größeren Zentren im Eimsbütteler Kerngebiet, gilt dem meistens funktionierenden Miteinander von Gewerbe- und Wohnnutzung unsere besondere Aufmerksamkeit. Aus unserer Sicht darf weder z.B. durch Spekulantentum der Anteil an bezahlbaren Wohnungen weiter sinken, noch darf rücksichtslose Gewerbenutzung Wohnqualität und Wohnwert mindern.

Erholung und Natur

Kurze Wege, das breite Nahversorgungsangebot oder schöne Altbauviertel sind nur Teile hoher städtischer Wohnqualität. Grün, Naherholungs-, Sport- und Spielflächen, Verkehrsberuhigung sowie **Lärm- und Emissionsschutz** gehören ebenfalls dazu. **Parks und Grünflächen** sind besonders kostbar in den dicht bebauten Gebieten Eimsbüttels und benötigen unseren Schutz. Der Alsterpark, die Moorweide, der Innocentiapark, die Grünanlagen entlang des Isebek, der Park am Weiher und viele kleinere grüne Inseln, nicht zuletzt die dicht bewachsenen ruhigen Hinterhöfe, müssen vor Übernutzung und in ihrer jetzigen Flächenausdehnung bewahrt sowie ökologisch sinnvoll gepflegt werden. Sie sind wertvoll für jede/n, der sich im Freien aufhalten oder bewegen will. Ob spielend, laufend oder gärtnernd, mit Fahrrad, mit Hund oder unter dem Sonnenschirm.

In diesem Zusammenhang haben wir große Bedenken, einen Teil der **Grünanlage rund um die Apostelkirche** zugunsten einer in der Woche

zweimal halbtägigen Nutzung durch den Markt aufzugeben und das gegenwärtige Provisorium dann langfristig versiegeln zu müssen, wenn der Markt am neuen Standort bleiben sollte. Auch die alte Fläche an der Grundstraße wollen wir nicht einer reinen Parkplatznutzung überlassen, sondern die Fläche als Begegnungsfläche aufwerten – wie auch den Bereich an der Methfesselstraße, an dem eine Baugemeinschaft ein Wohnhaus als Torhaus für den Marktplatz und nicht für einen Parkplatz errichtet.

Wir begrüßen Maßnahmen aus dem Gutachten des Bezirks zum **Alsterpark** etwa die Umwandlung des Parkplatzes vor dem „Cliff“ in eine Grünanlage oder die Errichtung von Sonnenstegen. Diese Stege könnten auch zur Verwirklichung unseres Ziels beitragen, endlich wieder in der Alster baden zu dürfen!

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zur Aufwertung der Park- und Uferzonen entlang des Isebekkanals setzen wir uns für eine die Natur und die Vogelwelt schonende Entwicklung ein, die weitere Versiegelungen oder Bebauungen ausschließt, aber gleichsam Möglichkeiten auslotet und unterstützt, die den Isebekkanal für die Naherholung weiter erschließen.

Abtreten muss der Bezirk Eimsbüttel durch die Verwaltungsreform des CDU-Senats den **Schanzenpark**. Der soll mit Beginn der neuen Legislaturperiode trotz unseres Protests zu Altona gehören. Nicht nur durch den Umbau des Wasserturms zum Hotel, durch dessen Eingangs- und Tagungsgebäude, erlitt in den vergangenen Jahren der Park selbst Verluste. Ein Kleinspielfeld auf dem Spielplatzgelände des Parks wurde jedoch verhindert sowie eine Sanierung des Dänenwegs durchgesetzt. Auch die Aktivitäten von BürgerInnen und Initiativen zu den verschiedenen

Jahreszeiten im Schanzenpark, selbst das Freilichtkino, konnten auf unsere wiederholten Forderungen hin erhalten werden. Die GAL Eimsbüttel beantragt nicht nur hier immer wieder Nachpflanzungen von Bäumen, die in zu großer Zahl den Baumaßnahmen zum Opfer gefallen sind. Für eine Einigung zugunsten des Grüns in Fällen von Nutzungskonflikten sowie für eine möglichst naturnahe Gestaltung unserer Grünanlagen setzen wir uns grundsätzlich ein. Unterstützenswert finden wir das Engagement und die Initiative von BürgerInnen, die Grünflächen pflegen und gestalten oder die Gärten in der Stadt neu anlegen.

Sport und Spiel

Um auch **SportlerInnen** kurze Wege in der Stadt zu ermöglichen, brauchen wir ein Angebot im Rahmen sehr enger räumlicher Bedingungen. Wir haben uns erfolgreich für den Umbau des Polizeisportplatzes im Schanzenpark eingesetzt, auf dem jetzt zusätzlich moderne Leichtathletikanlagen entstehen, sowie auch für den Ausbau des Vereinshauses des SC Sternschanze. Der Verein erhält jetzt auf dem Polizeisportplatz sein neues Kleinspielfeld und kann seine erfolgreiche Arbeit, auch nach Verlust des Sparbier-Platzes, besonders im Jugendfußball ausbauen. Die GAL hat sich bis zuletzt gegen die Bebauung des Sparbiersportplatzes ausgesprochen und entsprechend in der Bezirksversammlung abgestimmt. Die Modernisierung des Sportgeländes der Universität an der Rothenbaumchaussee unterstützen wir.

Besonders stolz sind wir darauf, dass es uns gelungen ist, die Liegeplätze einer Reihe kleinerer Segelsportgemeinschaften an der Alster zu erhalten, deren Stegplatz-Untermietverträge nach Kündigung des Restaurants „Paolino“ ebenfalls neu abgeschlossen werden müssen.

Im Rahmen eines Sonderinvestitionsprogramms für **Spielplätze** wurden in der vergangenen Legislatur z.B. die Plätze am Hellkamp und in der Bellealliancestraße erneuert. Viele andere Spielplätze im Stadtteil aber rotten mehr oder weniger vor sich hin, seitdem der Bezirk nicht mehr selbst entscheidet, welche Plätze er sanieren müsste, und seitdem hier die Haushaltsmittel bis auf einen Grundstock für minimalen Pflegeaufwand gekürzt wurden.

Die GAL setzt sich dafür ein, dass Spielflächen für Kinder in besonderem Maße geschützt, gepflegt, erneuert und pädagogisch wie ökologisch sinnvoll gestaltet werden. Hier darf nicht nur Richtlinie sein, dass ein Spielplatz möglichst wenig Pflege erfordert oder der Verkehrssicherungspflicht genügt. Kinder und Jugendliche in den Quartieren haben wenig Alternativen zu Spielplätzen, brauchen aber für ihre soziale und körperliche Entwicklung unbedingt angemessene Spiel- und Bewegungsflächen.

Stadtplätze und öffentliches Leben

Sich bewegen im öffentlichen Raum bedeutet für alle anderen BürgerInnen in der Regel Bewegung im Straßenraum. Nicht nur die Parks, auch unsere **Stadtplätze**, sogar manche Straßenkreuzungen übernehmen hohe kommunikative und nachbarschaftliche Funktion und müssen deshalb entsprechend hergerichtet und attraktiv sein. Nachholbedarf bestand hier vor allem für den **Fanny-Mendelssohn-Platz** an der Osterstraße. Dessen Modernisierung, für die wir uns lange eingesetzt haben, sind nur noch durch das unkooperative Verhalten des HVV Grenzen gesetzt. Die U-Bahn-Ausgänge an der Osterstraße müssen endlich auch barrierefrei und

behindertengerecht sowie der Platzerneuerung angemessen ausgebaut werden!

Die Umwandlung des Vorplatzes vor dem **Dammtorbahnhof** zu einer freundlicheren Aufenthaltsfläche einschließlich der Fortnahme der gegenüberliegenden Tankstelle möchten wir in der kommenden Legislatur mit anschieben. Auch die Neugestaltung des Aufenthaltsbereiches vor dem U-Bahn-Ausgang **Hoheluftchaussee** zum Quartiersplatz am Wasser steht auf unserer Agenda.

Im Hinblick auf den **Allendeplatz** am Grindelhof bevorzugen wir eine Lösung, bei der der Bau einer Tiefgarage unter dem Platz an die Zukunft des Bunkers zwischen Allende- und Carlebachplatz geknüpft wird. So soll eine Verunstaltung des Platzes durch eine Tiefgarageneinfahrt, durch raumeinschränkende Entlüftungsbauwerke sowie durch den mit der Einfahrt verbundenen Autoverkehr über den Platz hinweg verhindert werden.

Wir fordern auch in dieser Hinsicht eine Fortführung des Konzeptes „Universität im Stadtteil“. Den Grindelhof wollen wir weiterhin im Sinne von Verkehrsberuhigung sowie mit Blick auf das kulturell interessante Nebeneinander des studentischen, gewerblichen und traditionell jüdischen Lebens entwickeln. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtteil und Universität hat sich für die bauliche Entwicklung in der Vergangenheit oft ausgezahlt. Wir haben uns lange für die Nutzung des Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße durch die Universität eingesetzt und bedauern es außerordentlich, dass es von Seiten der Universität und der Fachbehörde schließlich zu keinem Vertragsabschluss kam. Kurze Wege und die Förderung von Synergieeffekten sind auch für den Campus, den wir ebenfalls gern weiter modernisiert und verschönert sehen würden, unser Ziel. Den Umzug der Informatik von Stellingen auf das Universitätsgelände

an der Grindelallee sowie die Rückkehr weiterer ausgelagerter Institute wollen wir in diesem Sinne gern durchsetzen.

Gerade der Grindelhof sowie seine umliegenden Straßenzüge bilden jedoch auch einen Anziehungspunkt für BesucherInnen, die kulturelles und studentisches Flair bevorzugen oder die sich für die jüdische Geschichte dieses Stadtteils interessieren. Seitdem die Talmud-Tora-Schule eröffnet werden konnte, hat diese Geschichte wieder Gegenwart. Die wachsende Vielfalt in diesem Stadtteil braucht Raum für Kommunikation und Verständigung, braucht Platz für Veranstaltungen wie den „Karneval der Kulturen“ und für öffentliches Leben. Dem Allendeplatz kommt deswegen hier eine wichtige Rolle zu, für deren verantwortliche Entwicklung wir uns weiterhin nachdrücklich einsetzen werden.

Mobilität im Kerngebiet

Nicht nur im Grindelhof, allgemein ist es ein vorrangiges Ziel der GAL, den öffentlichen städtischen Raum nicht immer wieder vor allem autofreundlich gestaltet zu sehen. FußgängerInnen, RadfahrerInnen, NutzerInnen des ÖPNV oder von Car Sharing sollen mindestens ebenso sichere und ansprechende Bedingungen vorfinden, um zugunsten von Klima- und Lärmschutz sowie der eigenen Gesundheit auf das Auto in der Stadt möglichst oft verzichten zu können.

Deswegen machen wir uns fortlaufend für die Sanierung von Bürgersteigen und Radwegen stark, ebenso wie für einen durchgängigen, effizienten Fahrplan und sinnvolle Anbindungen von Bussen und Bahnen sowie für die Regulierung des parkenden Verkehrs. Wir unterstützen die Verbreitung von Mietfahrrad-Stationen, und weiterhin ist uns der Ausbau von Velorouten

wichtig. Fahrradwegführungen müssen genauso bedacht werden wie sichere Fußwege für Kinder, Ältere oder Menschen mit Behinderungen. Für eine fußgänger- und fahrradfreundliche Sanierung der Straße **Sternschanze**, die eine wichtige Verbindung zwischen Schanzen- und Grindelviertel darstellt, setzen wir uns weiterhin ein. In diesem Zusammenhang ärgert es uns sehr, dass die Messegesellschaft die wiederholte Forderung nach einer direkten und barrierefreien Unterquerungsmöglichkeit der Bahngleise zwischen der Straße Sternschanze und dem Messegelände nun für Jahre erst einmal zurückgestellt hat und stattdessen ein Tunnel-Provisorium anbietet, das eine Querung mit Kinderwagen, Rad oder Rollstuhl ausschließt.

14. Politik für den Hamburger Nordwesten

Stellingen

Im Zuge des geplanten achtspurigen Ausbaus der A7 setzt sich die GAL für den **Stellinger Deckel** ein. Eine Überdeckung des Stellinger Zentrums im Bereich zwischen Kieler Straße, Wördemannsweg und/oder Güterumgehungsbahn würde die Wohnqualität im Stadtteil nachhaltig verbessern und Belastungen durch Lärm und Schadstoffe mindern.

Auf den Fußballfeldern am Sportplatzring könnte die **Neue Mitte Stellingen** entstehen. Erschwinglicher familiengerechter Wohnraum für 400 Menschen soll errichtet werden, dazu ein Veranstaltungsort. Endlich könnte auch Stellingen auf diese Weise mehr Stadtteil-Identität entwickeln. Die Räumlichkeiten des TSV Stellingen sollen im neuen Zentrum untergebracht werden, während die Sportplätze auf das Gelände des jetzigen Informatikums an der Vogt-Kölln-Straße verlegt werden sollen.

Die **Stellinger Linse** leidet unter zahlreichen Umweltbelastungen. Die GAL setzt sich für eine Lärminderung im Bereich des ICE-Werks und der Waschanlage der DB ein und wird die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Bahn weiter unterstützen. Ein möglichst vollständiger Lärmschutz am Verlauf der Strecke der **Güterumgehungsbahn** kann nur mithilfe des Senats und des Bundes erreicht werden. Die GAL wird sich weiter dafür stark machen.

Eine Verringerung des Gewerbeverkehrs im **Straßenzug Rohlfsweg-Wittenmoor** würde die hohen Belastungen für die Siedlung Flaßheide verringern. Trotz zahlreicher vergeblicher Versuche wird die GAL ihre Bemühungen darum fortsetzen.

Für die rund 250 **Kleingärten westlich der Högenstraße** mit Bodenbelastungen wird eine Ausweisung als Dauerkleingärten angestrebt. Allerdings sind zuvor gravierende rechtliche Probleme zu lösen. An der Hagenbeckstraße wird die „Keimzelle“ des **Stadtparks Eimsbüttel** entstehen.

Eidelstedt

Das wohl herausragende Thema im Hamburger Nordwesten ist die vom derzeitigen Senat beabsichtigte Ansiedlung eines **Möbel-Großmarkts an der Holsteiner Chaussee**. Die GAL wird alle Möglichkeiten nutzen, um diese an diesem Standort unverträgliche Planung zu verhindern!

Diese Ansiedlung würde zu einem Verkehrschaos auf der Holsteiner Chaussee und sämtlichen anliegenden Bereichen führen. Der Betrieb würde hauptsächlich geringfügig Beschäftigte einstellen und somit Armut erzeugen. Die kleinen und mittleren Läden und Restaurants im Eidelstedter Zentrum wären hingegen in ihrer Existenz bedroht.

Ein möglicher **vierspüriger Ausbau der Holsteiner Chaussee** würde noch mehr Verkehr anziehen und den Stadtteil weiter zerschneiden. Die GAL lehnt ihn daher ab. Die Entwicklung des Gewerbebereichs an der Holsteiner Chaussee zu einem Fachmarktzentrum kann der Bezirk nicht länger aufhalten. Die GAL bemüht sich darum, Zentren schädigenden Einzelhandel zu verhindern.

Die Attraktivitätssteigerung des **Eidelstedter Zentrums** ist wichtig für die weitere Entwicklung dieses Stadtteils. Der Bezirk hat hier bereits Hilfestellung gegeben, gutachterliche Stellungnahmen wurden eingeholt. Nun gilt es, die Vorschläge auch umzusetzen. Angebote für jüngeres

Publikum sollen gemacht werden. Attraktive Geschäfte, etwa in den Bereichen Bekleidung und Elektronik, sollen angesiedelt werden.

Die **Eidelstedter Feldmark** soll auch weiter Heimat von Bodenbrütern bleiben. Einer Befreiung vom Leinenzwang für Hunde wird in diesem Bereich daher nicht zugestimmt. Denkbar wäre dies sicher im **Grünzug Elbgaustraße/Wischhofsweg**. Dafür müsste diese öffentliche Fläche aber zunächst hergerichtet und freigegeben werden. Wegen Problemen mit den Eigentumsverhältnissen gelang dies bisher nicht, die Umsetzung wird aber von der GAL weiter betrieben.

Der **Jugendclub im Wichmannhaus** muss mit verlässlichen Öffnungszeiten wiedereröffnet werden. Auch in **Eidelstedt-Ost** wird dringend ein Angebot für Kinder und Jugendliche benötigt.

Regionalbereich Stellingen/Eidelstedt

Politik, Verwaltung und BürgerInnenbeteiligung:

BürgervorsteherIn wählen!

Der CDU-Senat hat die Ortsämter gegen den Widerstand der GAL geschlossen. Weiterer Einfluss der kommunalen Selbstverwaltung ging dadurch verloren. Dabei hatte die CDU 1999 selbst noch heftig gegen derartige Pläne der SPD protestiert. Die GAL setzt sich deshalb dafür ein, dass die Bezirke künftig eigenständig entscheiden können, ob und wo sie **Ortsämter** betreiben wollen. Die GAL kämpft weiter für das Ortsamt Stellingen.

Um die verlorene Bürgernähe wiederherzustellen und um den Einfluss des Ortsausschusses zu stärken, schlägt die GAL vor, in der neuen

Legislaturperiode als Modellversuch eine/n ehrenamtliche/n Bürgervorsteher/in zu wählen. Diese Person würde dem Ortsausschuss vorsitzen, müsste nicht parteilich gebunden sein und soll als eine Art OrtsbürgermeisterIn den Belangen der Stadtteile Eidelstedt und Stellingen gegenüber dem Senat, dem Bezirk und der Öffentlichkeit mehr Gewicht verleihen.

Arbeits- und Sozialpolitik: Gute Vernetzung erhalten und ausbauen!

In Hamburg gab es im Sommer 2007 etwa neun Prozent Arbeitslose. Im rot-grünen Bezirk Eimsbüttel (insgesamt 5,4 Prozent) hatten die Stadtteile Stellingen (7,3 Prozent) und Eidelstedt (7,2 Prozent) zu diesem Zeitpunkt den größten Anteil an Arbeitslosen. Damit ist die Situation auch in diesen Quartieren immer noch besser als im Landesdurchschnitt. Im Bezirk Eimsbüttel gibt es zahlreiche kleinere Geschäfte und Betriebe mit vielfältigen Arbeitsangeboten. Diese Struktur wollen wir schützen und möglichst ausbauen.

Dem Dienstleistungszentrum Eidelstedt und dem Beschäftigungsträger *einfa!* gelingt es durch gute Zusammenarbeit mit den Sozialdienststellen im Bezirk, zahlreiche Beschäftigungslose in Arbeit zu vermitteln. Projekte wie *QUAS Eidelstedt* und *RAZNetz* unterstützen Schulabgänger wirkungsvoll auf dem Weg ins Arbeitsleben. Es gilt, die Arbeit dieser Einrichtungen fortzuführen und zu unterstützen.

Kinder- und Jugendpolitik:

Betreuungs- und Freizeitangebote verbessern!

Über eine ausreichende Versorgung in der Schule und in der Tagesbetreuung hinaus werden dringend Kultur-, Freizeit- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 18 Jahren am Nachmittag und abends benötigt. Besonders dringlich ist deshalb die Wiederöffnung des Jugendclubs Hörgensweg. Aber auch in Eidelstedt-Ost, im Bereich Astweg, in der Stellingener Linse und im Bereich Oldenburger Straße sind zusätzliche Angebote durch die bewährten Träger der Jugendhilfe im Bereich Lernen und Bewegung notwendig. Die Maßnahmen des Senats in diesem Bereich sind höchstens Kosmetik, es muss aber wieder ernsthaft soziale Stadtteilentwicklung betrieben werden. Dafür setzt sich die GAL Eimsbüttel ein.

Umweltpolitik: A7 überdecken!

Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn!

Mehr Bäume pflanzen!

Wegenetze für Fußgänger und Radfahrer verbessern!

Die wichtigsten Ziele der GAL in diesem Bereich sind die Überdeckung der A7 sowie ein möglichst durchgängiger Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn. Bei Neubauvorhaben an Hauptverkehrsstraßen (etwa an der Kieler Straße) achten wir darauf, dass geschlossene Blöcke entstehen, um rückwärtige Bereiche vom Lärm zu entlasten.

Der Senat stellt für Nachpflanzungen für gefälltete Straßenbäume kein Geld mehr zur Verfügung. Wenn Hamburg aber eine „grüne Metropole“ bleiben soll, dürfen die Nachpflanzungen nicht von Spenden abhängen. Auch unsere Grünanlagen und Wanderwege brauchen bessere Pflege.

Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer abseits von Straßen wollen wir erhalten und ausbauen. Vorhandene Radwege – etwa an der Hagenbeckstraße oder der Pinneberger Chaussee – müssen dringend instand gesetzt werden. Der derzeitige Senat verweigert auch hierfür seit Jahren die Mittel.

Und: Zum Schutz von Wiesenbrütern und Wildtieren sollen Hunde in der Stellingener Schweiz und der Eidelstedter Feldmark nicht frei laufen dürfen!

15. Lokstedt, Niendorf, Schnelsen: Naturnahes Wohnen – Weiterentwicklung mit Augenmaß

Lokstedt, Schnelsen und Niendorf sind als Wohnstandorte beliebt. Zahlreiche Grünflächen ermöglichen Freizeitgestaltung und Erholung direkt vor Ort. Aber: Der Ausbau der Autobahnen 7 und 23, die geplante Ansiedlung eines Möbel-Großmarktes, die „Ertüchtigung“ der Güterumgebungsbahn sowie der zunehmende Flugverkehr sorgen für Belastungen in den Quartieren durch Lärm und Verkehr. Darüber hinaus werden zahlreiche neue Flächen für Wohnbebauung ausgewiesen, sodass die Verdichtung steigt.

Wir werden uns bei den bevorstehenden Wohnungsbauvorhaben dafür einsetzen, dass **bezahlbares und familiengerechtes Wohnen sowie das Zusammenleben von Jung und Alt** im Vordergrund stehen. Auch gilt es, die Umsetzung der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen für die damit einhergehenden Natureingriffe zu verfolgen und für einen ausreichenden Bestand an Freiflächen im Bezirk zu sorgen. Sportstätten im Regionalbereich wollen wir – wo es notwendig ist – planungsrechtlich sichern. Die **Rad und Fußwege-Verbindungen wollen wir ausbauen**. Ferner werden wir uns dafür einsetzen, dass alle U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen oder „schiefen Ebenen“ ausgestattet werden, damit auch Menschen mit Kinderwagen oder Gehhilfen die Stationen nutzen können. Ein besonderes Anliegen ist uns die **Sicherheit der Schulwege**. Wir setzen uns daher auch in Zukunft dafür ein, dass ein besonderes Augenmerk auf die sichere und kindgerechte Verkehrsführung entlang der Schulwege gelegt wird.

Durch die Abschaffung der Ortsämter fehlt den BürgerInnen ein Ansprechpartner der Verwaltung vor Ort. Die Ortsausschüsse werden deshalb auch künftig als Regionalausschüsse präsent sein. Wir wollen den BürgerInnen weiterhin kompetente direkte AnsprechpartnerInnen bieten. Darüber hinaus schlagen wir vor, einen „Bürgervorsteher“ oder eine „Bürgervorsteherin“ für den jeweiligen Regionalbereich zu ernennen.

Güterumgebungsbahn

Durch die so genannte „Ertüchtigung“ der Güterumgebungsbahn reaktiviert die Bahn eine Güterstrecke, die mitten durch Wohngebiete führt. Weil sie aber darauf verzichtet, die Strecke vollständig auszubauen, konnte die Bahn sich auf einen geringen Lärmschutzstandard zurückziehen – die bundesgesetzlich geringeren Vorgaben erlauben dies. Die Runden Tische der Bezirke Nord und Eimsbüttel haben erreicht, dass der Lärmschutz verbessert wird. Grundbesitzer konnten gewonnen werden, sich an zusätzlichen Maßnahmen zu beteiligen, die die Situation verbessern. Leider hat die Bahn die entsprechenden Aufwendungen nicht wesentlich erhöht. Außerdem weigern sich Bahn und Senat, all jene zu unterstützen, die finanziell nicht in der Lage sind, ihr Grundstück durch Lärmschutzmaßnahmen zu sichern. Wir werden uns auch in Zukunft an den Runden Tischen beteiligen und darauf hinwirken, dass die Interessen aller AnwohnerInnen Gehör und Berücksichtigung finden. Konkret fordern wir, die bestehenden Eisenbahnbrücken zeitnah zu entdröhnen, um den Lärmschutz zu verbessern.

Schnelsen

Lärmschutz A7-Deckel jetzt!

Frohmestraße als Shared Space

Soziale Stadtentwicklung

Der geplante Ausbau der A7 und der A23 muss zwingend einen optimalen Lärmschutz für die AnwohnerInnen gewährleisten. Aus diesem Grunde werden wir uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten, einen so genannten Deckel über die Autobahn im Bereich Stellingen/Schnelsen zu legen, in der Planung verfolgt werden.

Die Verkehrssituation in der Frohmestraße ist weiterhin unbefriedigend. Die Idee eines geteilten Verkehrsraumes (Shared Space) stieß in der ersten öffentlichen Diskussion auf Interesse und Zustimmung. Die GAL wird sich daher dafür stark machen, dass es zu neuen planerischen Überlegungen kommt – natürlich unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Das Stadtteilzentrum Frohmestraße wollen wir u.a. durch eine verbesserte Aufenthaltsqualität stärken.

In Schnelsen-Süd wurde mit dem Schnelsen-Süd-Center eine Einkaufs- und Treffmöglichkeit vor Ort geschaffen, die mehreren Existenzgründern, überwiegend mit Migrationshintergrund, den Start in die Selbstständigkeit ermöglicht hat. Diese soziale Stadtteilentwicklung wollen wir fortsetzen.

Die Attraktivität von Burgwedel als Wohnstandort und die Identifizierung der AnwohnerInnen mit ihrem Stadtteil wollen wir erhöhen. Wir werden darauf hinwirken, dass Burgwedel in Programme für soziale Stadtteilentwicklung aufgenommen wird und dass unter Einbeziehung der Wohnungsbaugenossenschaften wieder regelmäßig Stadtteilstoffe stattfinden.

Den Bebauungsplan Schnelsen 79, den der Senat gegen den Willen der Menschen an sich gezogen hat, lehnt die GAL weiterhin strikt ab. Die AnwohnerInnen haben sich klar gegen eine Nachverdichtung des Märchenviertels ausgesprochen. Dieses Votum respektieren wir. Das Märchenviertel wurde deshalb vom Bezirk aus der Liste möglicher Wohnungsbaupotenziale gestrichen.

Der Senat hat angekündigt, die Planungen für das IKEA-Parkhaus auch ohne Beteiligung des Bezirks umzusetzen. Ferner ist IKEA nicht bereit, auf alle sonntäglichen Veranstaltungen zu verzichten. Die GAL wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Belange der AnwohnerInnen berücksichtigt werden. Ausweitungen der Verkaufsflächen von IKEA lehnen wir ab. Die Eimsbütteler Landschaftsachse muss in Schnelsen im vollen Umfang erhalten werden.

Die Senatsplanungen zum Bau eines Möbel-Großmarktes an der unmittelbaren Grenze zu Schnelsen lehnen wir u.a. wegen der erheblichen Verkehrsbelastungen für den Stadtteil ab.

Niendorf

Niendorfer Gehege als naturnahe Erholungsfläche entwickeln
Infrastruktur für Ältere ausbauen

Veloroute 3 nach Niendorf verlängern

Hochwasserschutz im Bereich der Kollau

Die Umgestaltung des **Tibarg-Süd** ist ein erster Schritt, um diesen Bereich zu stärken. Nun sind auch Grundbesitzer und Gewerbetreibende gefordert, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Die bezirklichen Gremien werden hier unterstützend tätig. Natürlich müssen bei allen Maßnahmen zur Aktivitätssteigerung auf dem Tibarg auch die Belange der direkten AnwohnerInnen berücksichtigt werden. Wir haben daher Anreize geschaffen, Stadtteilstreife in den südlichen Bereich des Tibarg zu verlagern, um die Anwohner des nördlichen Tibarg zu entlasten.

In **Niendorf-Nord** haben die Wohnungsbaugenossenschaften unter Beteiligung von Stadtplanern, bezirklichen Gremien und Akteuren vor Ort Ideen entwickelt, um das Wohnumfeld zu verbessern und den Wohnungsbestand zu verändern. Gefördert werden soll das Zusammenleben von Jung und Alt. Wir wollen deshalb entsprechende Infrastruktur für ältere BewohnerInnen anbieten und dafür sorgen dass Freiflächen so gestaltet werden, dass auch Senioren sie nutzen können.

Das **Niendorfer Gehege** wollen wir als Wald, und damit als Erholungsfläche, erhalten und naturnah weiterentwickeln. Waldfremde Nutzungen werden wir so weit es geht verhindern. Wir wollen in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und der neuen bezirklichen Forstverwaltung ein Konzept für die Weiterentwicklung dieses Waldstücks erstellen. Die Aktivitäten anderer Verbände und Institutionen zum Ausbau

ihrer Infrastruktur wollen wir auf den Randbereich des Niendorfer Geheges beschränken.

Niendorf soll an die Veloroute 3, die bislang am Behrmannplatz endet, angeschlossen werden.

Im Gewerbegebiet Vierenkamp muss die Einhaltung der Grenzwerte verstärkt kontrolliert werden – zum Schutz der AnwohnerInnen vor Lärm und Luftverschmutzung.

Hochwasserschutz im Bereich der Kollau

Im Bereich der Kollau und ihrer Zuflüsse werden wir die Belange des Hochwasserschutzes verstärkt berücksichtigen. Die bisher vorliegenden Ergebnisse des so genannten Niederschlagsabflussmodells und die Kartierungen zu hochwassergefährdeten Gebieten, die im Rahmen einer EU-Richtlinie erstellt werden, werden wir systematisch auswerten und gegebenenfalls neue Schutzmaßnahmen treffen.

Die können vor allem in der Schaffung von weiteren Retentionsflächen, Renaturierungen und Regenrückhaltebecken bestehen.

Die Verlagerung des Betriebs- und Recyclinghofes der Stadtreinigung weg vom Offakamp hin zu einem Grundstück neben der Kollau befindet sich derzeit im Planverfahren. Aufgrund der Hochwasserproblematik in diesem Bereich setzt sich die GAL weiter dafür ein, dass die Eignung des vorgesehenen neuen Standorts sorgfältig untersucht wird, und dass auch Alternativstandorte geprüft werden.

Lokstedt

Planen mit Augenmaß

Erweiterungsbedarf an Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

Taktdichte der Busse erhöhen

Lokstedt hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Veränderungen erfahren, neue Wohnbaugebiete wurden erschlossen. Bei weiteren Planverfahren werden wir deshalb verstärkt darauf drängen, dass ihre Auswirkungen auf die jetzt vorhandene Wohnqualität untersucht werden. Im Bereich des Lohkoppelweges hat der CDU-Senat das Grundstück der ehemaligen „Pflegen- und Wohnen“ – Einrichtung im Höchstgebotsverfahren verkauft – gegen das Votum des Bezirks. Fiskalische Aspekte erhielten Vorrang vor den Zielen der bezirklichen Entwicklungsplanung. Leider steht das Grundstück für den sozialen/preiswerten Wohnungsbau deshalb nicht mehr zur Verfügung. Nun gilt es, bei der neuen Nutzung zumindest die Belange familienfreundlichen Wohnens, des Wohnens von Jung und Alt sowie gute energetische Standards um zu setzen. Auch für den geplanten Bau von etwa 500 Mietwohnungen am Lokstedter Steindamm sollen diese Aspekte verstärkt berücksichtigt werden. Soweit bestehende Freiflächen bebaut werden sollen, werden wir zwischen einer Nachverdichtung zugunsten stadtnahen Wohnens und dem Erhalt von Freiflächen abwägen. Aufgrund der zahlreichen Bauvorhaben muss auch der Erweiterungsbedarf an Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in Lokstedt geprüft werden. Eine Reservefläche für eine Kita ist bereits vorgesehen. Im Hinblick auf die Verkehrssituation werden wir auch den öffentlichen Nahverkehr quer durch Lokstedt prüfen – die Taktdichte auf bestehenden Strecken, insbesondere der Linie 181 wollen wir verstärken. Die Buslinie 22 soll aus Sicht der GAL

bei Veranstaltungen in den Arenen vermehrt eingesetzt werden. Die längst vorgesehene Wegeverbindung zwischen Gazellenkamp und U-Bahnhof Hagenbecks Tierpark soll endlich realisiert werden.

Darüber hinaus setzt sich die GAL dafür ein, dass die Schillingsbekeniederung zum Landschaftsdenkmal wird, und dass das Wohn- und Kunstprojekt Henriette e.V. an der Straße Herlingsburg erhalten bleibt.

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen GAL Eimsbüttel

Langenfelder Damm 4

20257 Hamburg

Telefon: 040 – 40 142 45

Fax: 040 - 490 86 57

wahlen2008@gal-eimsbuettel.de

www.gal-eimsbuettel.de

V.i.S.d.P. Michael Zimmermann